

Sessionsforum Kreislaufwirtschaft

# Umweltverträgliche Energiewende

Zusammen mit dem Stromgesetz, über das wir im Juni abstimmen, sind das CO<sub>2</sub>-Gesetz und die Stärkung der Kreislaufwirtschaft wichtige Schritte zur Klimawende.

Von Martina Munz\*

Die Würfel sind in dieser Session bereits am ersten Tag gefallen: Das Parlament verankert die Kreislaufwirtschaft in einem Bundesgesetz, in Sachen Energiewende ist das ein Meilenstein.

Gemessen an der Wohnbevölkerung gehört die Schweiz bezüglich Siedlungsabfall zu den Spitzenreitern Europas. Nur etwa die Hälfte wird separat gesammelt. Der Rest wird verbrannt oder deponiert. Nun soll das Wort «Abfall» der Vergangenheit angehören. Das Gesetz setzt schon beim Produktdesign an: Teilen, Wiederverwenden, Reparieren und Wiederaufbereiten. Diese Kaskadennutzung erhöht die Lebensdauer der Produkte.

Handys sollen beispielsweise nicht fortgeworfen werden müssen, weil der Akku defekt ist. Ersatzteile für Haushaltgeräte sollen auch nach Ablauf der Garantie noch verfügbar sein. Diese Fortschritte täuschen jedoch nicht darüber hinweg, dass der grösste Hebel bezüglich grauen Emissionen die Bauwirtschaft ist. Beton erzeugt enorm viel davon. Holz, eine einheimische und nachwachsende Ressource, wäre in vielen Fällen ein innovativer Ersatz. Auch dem Abriss von Gebäuden sollte wegen des Energie- und Ressourcenverschleisses der Kampf angesagt werden.

Leider hat es das Parlament verpasst, diesbezüglich griffige Massnahmen zu ergreifen. Das Kreislaufgesetz ist ein Rahmengesetz. Entscheidend werden die Ausführungsbestimmungen in griffigen Verordnungen sein. Wie und ob der verantwortliche Bundesrat Rösli den Worten Taten folgen lassen wird, ist abzuwarten. Das Gesetz schafft die Voraussetzungen für die Schweiz, sich den EU-Bestimmungen anzupassen. Das ist auch für unsere Unternehmen wichtig, damit sie nicht bei den Lieferketten bald vom internationalen Markt ausgeschlossen werden und die Schweiz nicht zum Schrottplatz veralteter Geräte wird, die in der EU nicht mehr zugelassen sind.

Ebenfalls beraten wird das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz. Dieses ist kein grosser Wurf, denn es



enthält keine ambitionierten Ziele. Im Schnellzugtempo wird es durch die Räte gepeitscht, damit es Ende Jahr in Kraft treten kann. Die Schweiz kann mit dem Gesetz internationalen Verpflichtung zum Klimaschutz nachkommen. Die Ziele des Pariser Klimaabkommens können aber damit nicht erreicht werden. Die umstrittensten Differenzen, die in dieser Session bereinigt werden, betreffen den Inlandanteil der Reduktionsziele, Anforderungen an die Neuwagenflotte, Förderung der Ladeinfrastruktur für elektrische Autos und die LSVA-Reduktion. Es werden also noch wichtige Weichen gestellt. Je nach Ausgang wird auf der einen oder anderen Seite Opposition entstehen.

Entscheidend für die Energiewende wird aber die Abstimmung vom kommenden Juni zum Stromgesetz sein. Damit können wir aus den fossilen Energien

**«Teilen, Wiederverwenden, Reparieren und Wiederaufbereiten. Diese Kaskadennutzung erhöht die Lebensdauer der Produkte.»**

aussteigen und gleichzeitig die alternden Atomkraftwerke ersetzen. 80 Prozent des Zubaus der erneuerbaren Energien, nämlich 30 Terawattstunden, werden mit Fotovoltaik auf bestehender Infrastruktur wie Dächern, Fassaden und Parkplätzen zugebaut. Für das Winterhalbjahr kommt ein beschränkter Ausbau von total 6 Terawattstunden alpiner Solar-, Windkraft- und Wasserkraftanlagen hinzu. Das Stromgesetz garantiert damit eine natur- und umweltverträglich Energiewende. Im Stromgesetz sind auch die 15 Projekte des runden Tisches Wasserkraft integriert. Diese müssen die geltenden Gesetze einhalten, das entspricht der Vereinbarung. Deshalb können und müssen bei Nichteinhaltung der Gesetze Beschwerden geführt werden.

\* Martina Munz ist SP-Nationalrätin aus Schaffhausen

LESERBRIEF

## Wärmeverbund jetzt!

Zu «Wärmeversorgung: Der Druck steigt», SN vom 24. Februar.

An der Infoveranstaltung der E+H Fernwärme hat sich bewährt, dass auch wir im Niklausenquartier aufgrund von Konversionsgebieten, die SH Power besetzt, in den nächsten acht bis zehn Jahren keine Aussicht auf einen Anschluss an Fernwärme bekommen. Obwohl im Grubental eine Zentrale gebaut wird, die in ein, zwei Jahren solche liefern kann. Die Föhrenstrasse wird ab April bis November zur Baustelle von SH Power für Leitungsbau. Es werden keine Wärmeleitungen mit eingebaut! Die Sanierung der alten Leitungen kann nicht aufgeschoben werden, teilt man mir mit. Wo bleibt da die Weitsicht, das vernetzte Denken, der sorgfältige Umgang mit Ressourcen? Klimaziele sind so nicht zu erreichen. Geht über die Bücher, liebe Politikerinnen, stoppt solchen Unsinn, gebt Konversionsgebiete frei an Unternehmen, die bereit sind für die Zukunft. Jetzt.

**Renée Harzenmoser**  
Schaffhausen

**Unter der Rubrik «Leserbriefe»**

veröffentlicht die Redaktion Zuschriften aus dem Leserkreis, um deren Publikation sie ausdrücklich ersucht wurde. Die Verantwortung für den Inhalt der Einsendungen tragen die Verfasser. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen oder Texte ehrverletzenden Inhalts zurückzuweisen.

**Kommentar**

## Die Ukraine zu unterstützen ist kostspielig – sie nicht zu unterstützen aber noch viel teurer

Man solle die Entsendung von westlichen Bodentruppen in die Ukraine zumindest «nicht ausschliessen». Diese Bemerkung von Emanuel Macron im Zuge der Pariser Ukraine-Konferenz hat – nachdem erst einmal leer und laut geschluckt wurde – viel Widerspruch ausgelöst. Franzosen, Deutsche und Spanier, die im Donbass russische Panzer jagen? Für die meisten europäischen Politiker ein völlig undenkbares Szenario. Zu Recht. Die Nato versteht sich als Verteidigungsbündnis und sollte diesem Zweck treu bleiben. Leider hilft Macrons Bemerkung auch nicht dabei, die Allianz aus disparaten europäischen Ländern und den USA enger zusammenzuschweissen. Das aber wäre angesichts der deutlich werdenden Risse dringend notwendig. Ein 60 Milliarden schweres Hilfspaket der Amerikaner ist schon monatelang blockiert – die Republikaner machen lieber Wahlkampf, als die Ukraine vor ihrem einstigen Erzfeind zu beschützen. Auch die Europäer haben sich mit ihrer Militärhilfe nicht gerade hervorgetan. Ihr Ziel, bis zum März eine Million Artilleriegranaten zu liefern, hat die EU klar verfehlt, viel zu gering sind die jetzigen Produktionskapazitäten, die trotz des Krieges nur sehr behäbig ausgebaut wurden. Immer war die Unterstützung viel zu zaghaft und immer gab man der Ukraine nur gerade so viel, dass sie den An-

griffen Russlands standhalten konnte – verlängerte also einfach den Konflikt, ohne auf eine Entscheidung hinzuwirken. Auch jetzt kann sich der deutsche Kanzler aus zweifelhaften Gründen



**Tobias Bolli**  
Redaktor Kanton  
tobias.bolli@shn.ch

**«Europa kann sich nicht darauf verlassen, dass es die USA schon richten wird.»**

nicht dazu durchringen, endlich die Taurus-Marschflugkörper zu liefern, mit denen die Ukraine russische Munitionslager und Artilleriewaffen vernichten könnte. Was jetzt an der Front passiert, ist eine Folge dieser zögerlichen Politik: Der Ukraine geht die Munition aus, sie hat zu wenig Kriegsmaterial und muss an immer mehr Frontabschnitten zurückweichen. Das Verhältnis der ukrainischen und russischen Artillerie hat sich zuletzt immer stärker zugunsten Russlands verschoben. Laut Analysten liegt es unterdessen irgendwo zwischen eins zu fünf und eins zu zehn. Eine solche Übermacht kann auf die Länge auch die grösste innere Widerstandskraft nicht

ausgleichen. Man braucht kein Prophet zu sein, um die Konsequenzen einer nun sehr möglich scheinenden Niederlage vorauszu sehen: Russland nimmt einen grossen Teil der Ukraine ein und installiert in Kiev ein Puppenregime. Russland löst eine riesige, alle Vorjahre in den Schatten stellende Flüchtlingswelle aus. 10 oder 15 Millionen Ukrainer wollen sich vor Putin in Sicherheit bringen. Nicht alle werden in Polen bleiben und die Asylsysteme in weiten Teilen Europas überlasten. Derart überstrapaziert, müsste Europa noch irgendwie die Kraft finden, sich gegen ein weiter vorgerücktes und erstarktes Russland wehrfähig zu machen, was riesige Mittel in Anspruch nähme. Europa sollte alles Mögliche – abzüglich Bodentruppen – daran setzen, einen solchen Ausgang zu verhindern. Dafür kann es nicht auf Amerika warten, sondern sollte den Amerikanern das Geld für die versprochenen Waffen notfalls vorschliessen, bis das unwürdige Theater in Washington ein Ende gefunden hat. Überhaupt können sich die Europäer nicht darauf verlassen, dass es die USA im Notfall schon richten wird. Kiev liegt nicht nur für Trump viel zu weit weg von Beverly Hills. Europa muss die Ukraine deshalb auch aus Eigeninteresse sofort ausreichend unterstützen und sich militärisch auf eigene Füsse stellen.

**Pressestimmen**  
Macrons Bodentruppen

**DER STANDARD**

Keine Bodentruppen! Dieses Prinzip wurde stets betont. Wörter wie «Kriegspartei» und «boots on the ground» – eigene Soldaten auf ukrainischem Gebiet – waren tabu. Bis Montagabend. Da brach Frankreichs Oberbefehlshaber Macron dieses Tabu. Im Anschluss an das Treffen von zwei Dutzend Staatsvertretern in Paris erklärte der Präsident als Gastgeber, dass der Einsatz von Bodentruppen «nicht ausgeschlossen» sei. Nun sind Macrons Worte nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Was wollte er damit erreichen? Er will in Europa neben der Militärmacht Grossbritannien Stärke zeigen. Und seine Aussagen zu Bodentruppen waren weniger an die Partner als an Putin direkt gerichtet: «Du kannst und wirst diesen Krieg nicht gewinnen. Wir sollten vielleicht über Kriegsabbruch und Frieden reden.» (Der Standard, Österreich)

**LIDOVÉ NOVINY**

Macron hofft offenbar, dass seine Äusserung Russland abschrecken und davon abhalten werde, schnell weitere Teile des riesigen ukrainischen Territoriums zu besetzen. Man nennt dies strategische Ambiguität. Sie wird von den USA beispielsweise in Bezug auf Taiwan und China angewandt. Peking weiss nicht, ob die USA im Falle eines Angriffs helfen würden. China zieht es daher vor, nicht anzugreifen. Im Fall von Moskau und Europa funktioniert das aber nicht. Der russische Präsident Putin sieht die Europäer als diejenigen, die immer einen Rückzieher machen. Macrons Aussage stützt nur die Behauptung des Kremlichefs, der Westen befinde sich im Krieg gegen Russland. Der Ukraine wird dies nicht helfen. (Lidové Noviny, Tschechien)

**Aftenposten**

Die Ukraine bittet gar nicht um Soldaten. Vielmehr bittet Präsident Selenskyj um Munition, um Hilfen für die Flugabwehr und den Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie. Hier hat Macron inzwischen seine Blockade von EU-Mitteln für den Kauf von Munition und anderen Rüstungsgütern aus Drittländern aufgegeben und damit einen tatsächlichen Beitrag geleistet. Westliche Soldaten in der Ukraine stehen also nicht auf der Tagesordnung und es bleibt dabei, dass die NATO-Länder weiterhin jedes Interesse daran haben, einen direkten Konflikt mit Russland zu vermeiden. (Aftenposten, Norwegen)

**大公報**

Macrons Schachzug ist voll nach hinten losgegangen und hat im In- und Ausland grosse Empörung ausgelöst. Auch Moskau hat bereits auf die schockierende Äusserung des französischen Präsidenten reagiert und erklärt, dass die Entsendung von NATO-Truppen in die Ukraine als Kriegserklärung an Russland angesehen werden könnte. (Takungpao, Hong Kong)

**USA VAT**

Der französische Präsident Macron hat das Recht, Erklärungen abzugeben und seine Positionen darzulegen. Aber es ist klar, dass er nicht die Autorität hat, über die Entsendung von Truppen in die Ukraine zu sprechen. Auch wenn er Russland für eine echte Bedrohung für Europa hält. (Müsavat, Aserbaidschan)